

Aktionsplan Inklusion (Stadt Bayreuth)

Ort: Neues Rathaus

Datum und Uhrzeit: 30.01.2017, 17.00 – 19.00 Uhr

2. Treffen Arbeitsgruppe Wohnen

Teilnehmer: 29

Name	Vorname	Firma/Organisation
Adam	Conny	Werkstatt f. behinderte Menschen
Bayer	Daniel	Behindertenbeirat
Beer	Alf	Werkstatt f. behinderte Menschen
Billenstein	Helmut	Werkstatt f. behinderte Menschen - Elternbeirat
Cagnacci	Brigitte	Zertifizierte SeniorenAssistenz
Dollhopf	Sandra	Selbsthilfegruppe Epilepsie
Heerdegen	Björn	Werkstatt f. behinderte Menschen
Herrlein	Corinna	INTEGRA
Hofmann	Karl	Bauverein
John	Michael	BASIS-Institut
Kaul	Christian	Kreis der Berufsbetreuer
Kneidl	Martin	Dr. Loew Soziale Dienstleistungen GmbH & Co. KG
Koch	Isabella	Mehrgenerationenwohnen
Lotze	Benjamin	Stadtplanungsamt mit Gutachtergeschäftsstelle
Müller	Bettina	Stadt Bayreuth
Munder	Martina	Betreuungsstelle Stadt Bayreuth
Prokscha	Uwe	GEWOG
Purrucker	Rosemarie	Werkstatt f. behinderte Menschen
Rannenberg	Laura	BASIS-Institut
Roland		Berufsbetreuer
Schraml	Mirco	
Schultheiß	Günter	Paritätischer Wohlfahrtsverband
Speckner	Gerhard	Speckner Projekt GmbH
Stiefler	Robert	Bezirk Oberfranken
Teufel	Melanie	Stadt Bayreuth
Weinkopf		Hilfe für das behinderte Kind
Winkler	Christine	Stadt Bayreuth
Wurzel	Bettina	Stadt Bayreuth
Zagel	Wolfgang	Rehateam Bayreuth

Inhalt

1	Begrüßung durch Frau Wurzel.....	2
2	Ergebnisse aus Befragung und Maßnahmen	2
3	Diskussion	3
4	Verabschiedung.....	11
5	Anhang	12
5.1	Maßnahmen aus der ersten Arbeitsgruppensitzung.....	12
5.2	Beispiele Wohnformen.....	16
5.3	Folien.....	16

1 Begrüßung durch Frau Wurzel

Frau Wurzel begrüßt die Teilnehmer und bedankt sich für das rege Interesse und das Erscheinen der Anwesenden. Die Thematik Wohnen ist ihrer Ansicht nach ein sehr interessantes Thema für Jedermann. Sie übergibt das Wort an Herrn John vom BASIS-Institut, welcher die Teilnehmer ebenfalls seinerseits herzlich begrüßt. Er erläutert das heutige Vorgehen der Sitzung: Zunächst werden Ergebnisse aus der Befragung von Menschen mit Behinderung vorgestellt, hierbei werden insbesondere die Ergebnisse aus dem Bereich Wohnen beleuchtet, die als Grundlage für weitere Diskussionen dienen sollen. Anschließend werden Maßnahmen vorgestellt, die auf der Grundlage des Protokolls der letzten Arbeitsgruppensitzung erarbeitet wurden. Im Anschluss daran können die Teilnehmer weitere Gesichtspunkte oder Ergänzungen diskutieren.

2 Ergebnisse aus Befragung und Maßnahmen

Herr John zeigt in einer Powerpoint-Präsentation wesentliche Ergebnisse aus dem Bereich Wohnen, die durch die Befragung von Menschen mit Behinderungen gewonnen wurden. Die Folien können im Anhang detailliert eingesehen werden.

Es zeigt sich unter anderem, dass die Wohnform – institutionell betreut oder in einem Privathaushalt lebend – eng mit der Einschränkungart der Menschen korreliert. Beispielsweise leben Menschen mit körperlichen Einschränkungen überwiegend in Privathaushalten.

Betrachtet man das Zusammenleben von Menschen mit Behinderung so zeigt sich, dass 32% der Befragten alleine leben und 68% der befragten Personen mit einer anderen Person zusammenwohnen. Allerdings sind 59% der Alleinlebenden in Bayreuth über 65 Jahre alt. Damit steigt im Alter nicht nur die Gefahr des Alleinseins, sondern es ist auch zu erwarten, dass angesichts der steigenden Lebenserwartung und sinkender Geburtenzahl hier familiäre Unterstützungspotenziale in Zukunft wegfallen werden und die Unterstützung aus anderen Quellen an Bedeutung gewinnen.

Anschließend zeigt Herr John Maßnahmen auf, die auf der Grundlage des Protokolls der letzten Arbeitsgruppensitzung Wohnen erarbeitet wurden. Die Maßnahmen können ebenfalls im Detail im Anhang eingesehen werden.

Schließlich fragt er danach, ob diese bestehenden Maßnahmen einer weiteren Ausdifferenzierung und Ergänzung bedürfen oder ob neue Ideen ergänzt werden sollen und eröffnet somit die Diskussion für die Teilnehmer.

3 Diskussion

Herr Billenstein fragt nach, ob es denkbar ist, Menschen mit Behinderung bei Neuplanungen von gemeinschaftlichen Wohnformen zu integrieren. Ihm wird der Mangel von Wohnformen für Menschen mit Behinderung stets besonders eindrücklich, weshalb man bei Neubauten versuchen sollte, diese Zielgruppe zu berücksichtigen.

Frau Wurzel stimmt zu, erläutert aber die Problematik, dass es an Leuten fehlt, die diese Wohnformen umsetzen wollen. Es seien viele Ideen und einzelne Bausteine vorhanden, aber es brauche Verantwortliche, die sich darum kümmern und diese einzelnen Bausteine fruchtbar zusammensetzen. Sie fügt zudem hinzu, dass sie in ihrer Arbeit als Behindertenbeauftragte neue Projekte stets auf ihre Barrierefreiheit prüft.

Herr John stellt an dieser Stelle das Projekt des Generationenparks aus Königsbrunn vor. Dort wohnen verschiedene Bedarfsgruppen, wie zum Beispiel Senioren, Menschen mit Behinderung und Menschen ohne Behinderung, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund oder Familien gemeinsam. Das städtische Wohnungsunternehmen hat dort 57 Wohnungen gebaut. Allerdings ging es neben den einzelnen Wohnungen verstärkt darum, dass ein neues Umfeld für ein gemeinsames Miteinander entstehen sollte. Jeder Bewohner hat eine eigene Wohnung, aber im Projekt sind zudem ein Mehrgenerationentreff und eine Kümmernerstelle integriert. Letztere trägt unter anderem dafür Verantwortung, dass die Bewohner in Kontakt kommen oder dient als Anlaufstelle bei Problemen und Fragen.

Außerdem gibt es zum Beispiel einen gemeinsamen Waschsalon oder eine Kinderkrippe im Generationenpark.

Herr John benennt weitere Projekte für alternative Wohnformen. Beispiele für derartige Projekte sind im Anhang aufgelistet. Herr John empfiehlt, dass bei bevorstehenden Planungen für derartige Projekte in Bayreuth gemeinsam, zum Beispiel nach Königsbrunn, gefahren wird und das Projekt aus nächster Nähe betrachtet wird.

Herr Kneidl erkundigt sich, wer das Wohnmodell in Königsbrunn gestemmt hat. Herr John antwortet, dass der Generationenpark vom städtischen Wohnungsunternehmen realisiert wurde. Herr John erläutert, dass es sich dort um keine Kaufobjekte handelt, sondern dass alle Wohnungen als Mietobjekte ausgeschrieben wurden. So werden die Schwellen, dass man dort einziehen kann, so gering wie möglich gehalten, beispielsweise gibt es auch keine Betreuungspauschale. Er verweist auf Bielefeld, wo flächendeckend gemeinschaftliche Wohnmodelle realisiert wurden. Beispielsweise gibt es in einem kleinen Ort in der Nähe von Bielefeld fünf gemeinschaftlichen Wohnmodelle, aber kein Seniorenheim mehr. Diesen Erfolg führt er unter anderem darauf zurück, dass man in den Wohnmodellen mittels Kooperationen mit verschiedenen Trägern nicht nur wohnen kann, sondern auch umfassend betreut wird und so beispielsweise auch noch mit Pflegestufe 3 in einem derartigen Wohnmodell wohnen kann.

Frau Wurzel sieht in der Stadt Bayreuth eher eine Gegenbewegung. Hier fehlt es ihrer Meinung nach an einer Verbindung mit der Sozialstruktur in den Gemeinden. Sie sieht das Problem nicht bei dem fehlenden Willen der Stadt, sondern sieht vielmehr an dieser Schnittstelle dringenden Handlungsbedarf.

Herr Kaul erklärt, dass derartige Wohnmodelle für alle Altersklassen enorme Vorteile mit sich bringen. Denn nicht nur alte Menschen brauchen Unterstützung, auch junge Familien brauchen zum Beispiel Kinderbetreuung und Unterstützungssysteme.

Herr Keil stimmt Frau Wurzel zu, auch er sieht eine große Lücke an diesen Schnittstellen. Zudem kritisiert er, dass der Bezirk eher das Modell der Altenpflege 5.0 favorisiert. Herr Stiefler verneint dies. Er erklärt, dass ein „Mittelding“ hierzu fehle. Es fehlt diejenige Person, die den Bau des alternativen Wohnmodells initiiert und beginnt. Frau Wurzel stimmt zu und erklärt, dass es bisher niemanden gibt, der hierfür zuständig ist. In Bayreuth sind die Strukturen aktuell so aufgestellt, dass diese Ebene, die den Anstoß gibt, fehlt. Ein derartiger Prozess würde aber generell sowohl von Seiten des Bezirks als auch von Seiten der Stadt befürwortet werden.

Herr John schlägt vor, dass man Verantwortliche aus den eben vorgestellten Projekten einladen könnte, sodass sie über ihre Projekte referieren können. So kann die Begeisterung für derartige Projekte gesteigert werden und mögliche Interessenten gewonnen werden.

Der Ansatzpunkt in diesen alternativen Wohnmodellen liegt, im Gegensatz zu vielen bestehenden Modellen, bei den individuellen Ressourcen der Bewohner, getreu dem Motto: Helft euch zuerst soweit es geht selbst, ansonsten durch Familien oder die Nachbarschaft und erst, falls dies nicht mehr ausreicht, werden professionelle Hilfen eingeschaltet.

Herr Kaul fügt hinzu, dass solche Projekte zentral in der Stadt realisiert werden sollten, um die Nahversorgung zu gewährleisten. Herr John verweist an dieser Stelle auf eine Tücke: Der Aktionsplan wird von der Stadt Bayreuth erstellt. Die Menschen aus der Stadt möchten hier zentral ein Wohnangebot. Wird jetzt aber entsprechendes Wohnangebot erzeugt, so werden auch Menschen aus dem gesamten Landkreis in die Stadt strömen und in diese Projekte einziehen. Wenn man als alter Mensch aber erst in die Stadt ‚fliehen‘ muss, um überhaupt barrierefrei leben zu können, so ist das auch eine verrückte Entwicklung.

Herr Stiefler nimmt den Gesichtspunkt der alternativen Wohnmodelle gerne auf und gibt es bei der nächsten Sitzung der Bezirksarbeitsgemeinschaft weiter. Er betont das Problem, dass Investoren benötigt werden, die derartige Projekte finanziell unterstützen. Er ergründet zudem die Problematik der Zuständigkeiten, um Fördervoraussetzungen zu schaffen. Zum Beispiel ist der Bezirk nur für den speziellen Behindertenbereich zuständig und es gibt zum Beispiel wieder separate Gelder für Migranten, die von anderen Stellen beantragt werden. Es braucht seiner Meinung nach folglich einen Kümmerer, der alle Perspektiven integriert.

Herr Billenstein fordert, demnach an politischer Ebene anzusetzen, da dieses Förderwesen wenig inklusiv sei. Es müssen die Weichen auf oberster Ebene gestellt werden. Herr John stimmt ihm zu, ansonsten gibt es extra Gelder für Menschen mit Behinderung, die allerdings separate Wohnformen ausschließlich für Menschen mit Behinderung nach sich ziehen. Man muss inklusive Modelle bauen, dafür braucht es ein inklusives Förderwesen und inklusive Förderprogramme.

Frau Wurzel erklärt, dass man inklusives Denken erstmal üben muss. Inklusion ist ihrer Meinung nach eine Revolution.

Herr Proschka erkundigt sich nach den Mietpreisen in Königsbrunn. Herr John erklärt, dass es dort gestaffelte Mieten je nach Einkommenssituation gibt. Für den Quadratmeter ergibt sich so ein Spielraum zwischen fünf und acht Euro. Derselbe Wohnraum wird für verschiedene Mieten angeboten, was neben dem Einkommen auch von der Bereitschaft für Engagement abhängt. Das Projekt wird gefördert durch die Bereitstellung von Wohnraum einerseits. Andererseits werden aber auch Projekte von außen für die Bewohner kostenfrei von der Gemeinde eingebracht, wie zum Beispiel ein Carsharing-Projekt. Dieses umfassende Modell ist unterm Strich deutlich günstiger als eine einzelne Förderung für jeden Bewohner.

Herr Stiefler stimmt zu, dass es problematisch ist, dass die Entscheidungsträger lediglich Kostenrechnungen aufstellen und ihren Blick nicht weiten.

Frau Wurzel ergänzt, dass der verantwortliche Initiator aus Königsbrunn auch nach Bayreuth kommen und referieren würde, wenn man ihn einladen würde. Sie selbst hat ihn bereits bei einem Vortrag gesehen und war sehr begeistert, da er den Planungs- und Bauprozess sehr eindrucksvoll beschrieb. Herr Billenstein befürwortet einen Vortrag und wünscht sich, dass hierbei auch politische Entscheidungsträger anwesend sind.

Herr Kneidl erläutert, dass eine Projektgruppe gegründet werden muss, sodass das Projekt vorangetrieben wird und sich nicht verläuft. Frau Wurzel bejaht dies und schlägt vor, die Installation einer derartigen Projektgruppe als Maßnahme in den Aktionsplan zu notieren. In einer Projektgruppe könnten durch die verschiedensten Menschen mit ihren vielschichten Zugängen und Denkweisen sehr fruchtbare Ideen gewonnen werden. Herr Kaul bejaht dies und fordert gleichzeitig auch viel Engagement seitens der Stadt. Auch hier stimmt Frau Wurzel zu, die Zusammenarbeit der Stadt sowie eine integrierte Sozialplanung sind sehr wichtig. Es reicht nicht aus, wenn ausschließlich jemand aus dem Jugendamt oder aus dem Bereich der Seniorenarbeit mitarbeitet, es braucht eine integrierte Sozialplanung mit dem Blick für alle Gruppen.

Herr Schultheiß erkundigt sich bei Herrn Prokscha nach dem Insel-Projekt. Herr Proschka erklärt, dass der Umbau eines Hauses für Menschen mit Behinderungen aus finanziellen Gründen scheiterte, da sich unter anderem die Diakonie aus dem Projekt zurückzog.

Herr John gibt zu bedenken, dass man bei komplexen Systemen über das Gebäude hinaus einige Funktionen und Unterstützungssysteme einplanen sollte. Es muss in der Stadtplanung und in anderen Ebenen gemeinsame Planungen geben, es braucht ein weitreichendes Zusammenspiel.

Herr Prokscha greift erneut den Mietpreis aus dem Generationenpark in Königsbrunn heraus. Er selbst kann aus seiner Erfahrung sagen, dass vier bis sieben Euro heutzutage nicht mehr realisierbar sind. Vor einigen Jahren planten sie eine Senioren-Wohngemeinschaft und haben einige Modelle betrachtet. Sie haben festgestellt, dass Förderung nicht gleich Förderung ist und Eingespartes nicht dagegen gerechnet wird. Herr Kaul fragt nach, was ihnen genau fehlt oder warum es trotz ihrem Willen scheitert. Herr Proschka erläutert, dass sie oftmals rollstuhlgerechte Wohnungen nicht an diejenigen vermitteln könnten, die eine rollstuhlgerechte Wohnung brauchen. Zudem bieten sie häufig Zusatzleistungen an, die kaum oder nur sehr gering in Anspruch genommen werden. Herr Kaul entgegnet, dass es eventuell einer besseren Vermarktung dieses Angebots bedarf und Frau Wurzel entgegnet erneut, dass es hier an einer übergreifenden Schnittstelle mangelt.

Sie benennt zudem den Menzelplatz als positives Beispiel und als tolles Vorzeigeprojekt, dass sich nach einem langen Entwicklungsweg hervorgebildet hat. Es braucht grundlegend eine Veränderung der gesellschaftlichen Haltung.

Herr Kneidl konstatiert einen Paradigmenwechsel in den Köpfen der Gesellschaft. Es braucht neben einem Baukorpus auch eine Seele. Hier erklärt Herr Proschka, dass sie diesen Baukörper erstellen können, aber ihnen fehlt die andere Seite. Er berichtet aus seiner Erfahrung, dass einige Wohngruppen bereits super laufen, aber auch da hatte die GEWOG einen Partner. Er erklärt, dass es Basisarbeit ist und dass auch einige Vorzeigeprojekte nicht ausreichen. Jeden Tag gilt es aufs Neue, Akteure anzusprechen.

Herr John hält das von Herrn Proschka Gesagte für sehr wichtig: Die GEWOG ist im Bereich Wohnen der Profi, aber der zudem notwendige Aspekt der Unterstützung ist nicht ihr Bereich. Hier braucht es andere Akteure und Partner. Ferner gilt es den Treffpunktcharakter in diesen Modellen zu erschaffen, ohne dass es in ein Entertainment-Programm für die Bewohner ausartet. Für diese drei Kompetenzen kann die Zuständigkeit seiner Meinung nach nicht in einer Hand liegen.

Herr Proschka merkt an, dass häufig die Personalrekrutierung und ebenfalls die hohen Personalkosten das Problem sind. Herr Kneidl fügt hinzu, dass es nicht nur wichtig ist, dass man die einzelnen Bausteine (Wohnen, Menschen, Leistungen) hat, sondern dass diese kontinuierlich miteinander vernetzt werden und es ein professionelles Konfliktmanagement gibt. Er fordert eine gute konzeptionelle Begleitung des Gebäudemanagements sowie eine fundierte pädagogisch therapeutische Arbeit.

Herr John stimmt teilweise zu. Seiner Meinung nach muss man bei der Schaffung dieser Stellen beachten, dass sich dieser Prozess auch irgendwann verselbstständigen sollte und diese Person entbehrlich für das Projekt wird. Herr Kneidl antwortet, dass er vielmehr das Aufrechterhalten eines Abspracheapparats meint, welcher sich um die Koordination von Hilfeleistungen kümmert und weniger das Entertainment von Bewohnern.

Herr John ergänzt, dass die Bewohner in derartigen Modellen sich auch voll und ganz auf dieses Projekt einlassen müssen. Sind einige Quertreiber und Nörgler dabei, so kann so ein Projekt auch sehr schnell scheitern. Frau Wurzel stimmt Herrn John zu. Ihrer Ansicht nach könnte man die Motivation der Bewohner im Vorfeld mittels eines Bewerbungsbogens prüfen. Die Bewohner brauchen ein notwendiges Bewusstsein für gemeinschaftliches Wohnen, wenn es nur eine Person gibt, die beispielsweise nur seinen Vorteil sieht, kann das Projekt scheitern.

Herr Proschka merkt an, dass auch die Persönlichkeit der kümmernden Person sehr ausschlaggebend und wegweisend für ein derartiges Projekt ist.

Herr Beer schlägt vor, dass Personen, die in derartigen Wohnmodellen wohnen möchten, sich dazu verpflichten, einem Verein beizutreten. Dieser Verein aus Bewohnern wählt schließlich aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, der die Rolle des Kümmerers übernehmen könnte.

Frau Wurzel verweist erneut auf die Projektgruppe, die sie für sehr wichtig hält. Die Projektgruppe soll ein Bewusstsein für gute Lebensqualität und neu gelebte städtische Kultur vermitteln und gleichzeitig den Entscheidungsträgern die Aspekte der enormen Kostensenkung verdeutlichen. Herr Spencker hingegen spricht sich für die Gründung eines Fördervereins aus. Dieser sollte gegründet werden, sodass man die Geldfrage in den Griff bekommt. Mittels eines Fördervereins könnten Gelder von Sponsoren eingesammelt werden oder Leihgaben für eine Anschubfinanzierung gewonnen werden. Er sieht bei einem Wohnmodell sehr viele verschiedene Stränge, an denen gearbeitet werden muss. Er hält einen Verein für notwendig, um auf sichtbare Ergebnisse hinzuarbeiten. Die Stadt gehört seiner Meinung nach in so einen Verein mithinein, um Gelder zu gewinnen. Private Bauträger wird man seiner Meinung nach für solche inklusive Wohnmodelle nicht gewinnen können, da die Rendite zu gering ausfallen. Frau Wurzel stimmt ihm zu, aber erklärt, dass so ein Verein nicht einfach so entsteht und es die Projektgruppe braucht, um darauf hinzuarbeiten.

Herr Kreil merkt an, dass Projekte häufig schiefgehen, wenn sie von oben nach unten gedacht wurden. Es funktioniere besser, wenn man bei den Personen ansetzen würde, die in so einer Wohnform gerne leben würden und sich an deren Wünschen orientiert. Er fordert, dass bei der Entstehung derartiger Wohnmodelle nicht zu sehr von oben nach unten gedacht wird.

Herr Kneidl sieht dies ein bisschen anders. Das Leben in Gemeinschaften wird immer mehr. Es gibt aus seiner Sicht immer Studenten, Menschen mit und ohne Behinderung, ältere Menschen und weitere Personengruppen, die dort wohnen wollen würden. Es braucht die Bereitschaft von Akteuren, die sich nach und nach in dieses Projekt einarbeiten und dies von unten her realisieren. Es muss aber beachtet werden, dass auf so einem langen Weg immer wieder Leute abspringen.

Frau Wurzel bejaht dies, es braucht viel soziale Fantasie und Kommunikation.

Herr John merkt an, dass man sich von gemeinschaftlichen Wohnformen mehr Unterstützung erhoffen kann. Aber gleichzeitig möchte das eventuell auch nicht jeder. Es braucht zusätzlich Einzelwohnen, da es nicht eine Wohnform gibt, die alle Menschen glücklich macht. Es braucht Bauakteure, die professionell ihr Wissen einbringen und es braucht zudem die Funktion, dass daraus ein gemeinschaftliches Wohnen gelingt. Hierbei kann man viel falsch machen, wie Herr Proschka bereits erläuterte. Er schlägt vor, dass Wohnformen, die in anderen Orten gut funktionieren, in ihren grundlegenden Strukturen übernommen werden und an die Gegebenheiten vor Ort angepasst werden. Zu viel Beteiligung in der Entstehungsphase birgt auch einige Gefahren. Zudem habe man in Bayreuth bereits den Vorteil, dass die GEWOG als Wohnungsunternehmen die Bereitschaft zeigen, derartige Projekte auch in der Stadt Bayreuth zu realisieren.

Herr John hält fest, dass ein reges Interesse an gemeinschaftlichen Wohnformen besteht. Es wird befürwortet, dass Verantwortliche aus anderen Projekten für Präsentationen eingeladen werden. Dennoch bedarf es einem langen Atem, um solche Projekte realisieren zu können und es gilt Stadträte und Entscheidungsträger zu überzeugen.

Herr Zagel fragt Frau Wurzel, ob das, was er in der Zeitung gelesen hat, zutrefte. Dort stand, dass auf dem Gelände des Rathaus2 ein Mehrgenerationenhaus entstehen soll. Frau Wurzel weiß davon nichts und kann hier nichts dergleichen bestätigen. Herr Lotze vom Stadtplanungsamt erklärt, dass es Pläne für das Gelände des Rathaus2 gibt.

Allerdings gibt es verschiedene Gedanken, einer davon ist ein Mehrgenerationenkonzept. Dieses Konzept wird derzeit geprüft.

Herr Zagel führt ein Beispiel für das Scheitern von Projekten aufgrund von Bandlitäten an. Bereits an Sympathien zwischen verschiedenen Interessenten und Verantwortlichen kann gemeinschaftliches Wohnen bereits scheitern. Herr Kneidl erklärt, dass man deshalb von der Konzeption aus überlegen muss, was man dort realisieren möchte und dann nach Leuten sucht, die genau das gerne möchten.

Herr Prokscha berichtet, dass seiner Erfahrung nach die funktionierenden Wohngemeinschaften häufig privat organisiert sind und es dem persönlichen Interesse der Bewohner an der gemeinschaftlichen Wohnform unbedingt bedarf.

Frau Wurzel fasst zusammen, dass man Mut und soziale Fantasie benötigt. Auch der Aktionsplan war am Anfang nur eine Idee und jetzt hat es geklappt. Sie ist zuversichtlich, dass gemeinschaftliche Wohnformen realisiert werden, da neben der Stadt auch die Gesellschaft und die Öffentlichkeit Interesse an deren Realisierung hat. Außerdem verweist sie auf die vergangene Arbeitsgruppe zum Thema Wohnen, bei welcher der Aufbau eines Wohnportals angeregt wurde. Sie kann heute erfolgreich berichten, dass dies bereits angelaufen ist und momentan verwirklicht wird. Diese Woche wurden bereits alle Immobilienmakler kontaktiert, sodass barrierefreie und barrierearme Wohnungen gekennzeichnet und vorhandene Potenziale verknüpft werden und somit mehr Transparenz für Menschen mit Behinderung geschaffen wird.

Herr Speckner berichtet von einem Projekt in der Leipzigerstraße, bei welchem in das Gebäude des ehemaligen Lidl's eine Förderstelle und ein Behindertencafé eingerichtet werden sollte. In einem nebenstehenden Neubau sollten barrierefreie Wohnungen mit betreutem Wohnen entstehen. Kurz vor der Vertragsunterzeichnung ist allerdings die Rummelsberger Diakonie abgesprungen. Er erklärt, dass es jetzt die Möglichkeit gibt an deren Stelle kurzfristig in das Projekt einzusteigen.

Herr Kaul erklärt, dass es viele fitte Demenzkranke gibt, die aktuell in einer stationären Einrichtung untergebracht sind, die aber durchaus in geeigneten Wohnformen noch sehr viel selbstständiger leben und wohnen könnten. Darüber hinaus würden so enorme Kosten eingespart werden. Frau Wurzel stimmt zu und erklärt, dass es sich dabei wieder um die Problematik des von oben nach unten-Denkens handelt.

Herr Keil merkt an, dass es an den Immobilien und noch viel häufiger an der Finanzierung scheitert. Viele Personen würden sehr gerne alternative Wohnmodelle

realisieren, aber es gelingt ihnen nicht, da sie sehr schnell in die Mühlen zwischen Zuständigkeiten (Stadt, Bezirk, Krankenkassen etc.) gelangen und dies die Umsetzung erschwert. Es scheitert seiner Meinung nach oft an den gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Frau Adam wünscht sich in Bayreuth ein Wohnhaus, in welchem Rollstuhlfahrer leben können. Viele Rollstuhlfahrer können nicht in Wohngemeinschaften einziehen. Es müssen Möglichkeiten für Rollstuhlfahrer geschaffen werden, sodass auch sie in Wohngemeinschaften leben können. Herr Beer stimmt zu und fordert mehr barrierefreien Wohnraum mit Betreuung. Frau Wurzel antwortet, dass es prinzipiell zu wenig barrierefreien Wohnraum in der Stadt Bayreuth gibt. Allerdings gibt es häufig doch welchen, wobei es dann aber an der Vermarktung scheitert, weshalb es dringend das Wohnportal benötige.

Herr Heerdegen fordert, dass mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Er selbst wartet seit eineinhalb Jahren auf eine Antwort seiner Anfrage bei der GEWOG. Frau Wurzel entgegnet, dass man immer wieder nachfragen muss. Auch Herr Prokscha sagt, dass die Anfragen jedes halbe Jahr zweimal bereinigt werden und geprüft wird, ob das Interesse immer noch besteht. Es kann sein, dass hier etwas schiefgegangen ist oder dass Herr Heerdegen sich bezüglich des gewünschten Stadtgebiets sehr eingeschränkt hat, aber er gibt ihm den Tipp, sich nochmals bezüglich seiner Anfrage bei der GEWOG zu erkundigen.

4 Verabschiedung

Frau Wurzel und Herr John bedanken sich für die rege Diskussion und wünschen allen Teilnehmern der Arbeitsgruppe einen guten Heimweg.

Herr John erklärt, dass zwei Wochen vor der nächsten Arbeitsgruppensitzung Maßnahmenvorschläge per Mail an alle verschickt werden und dass diese die Grundlage für die nächste Sitzung bilden. Er bittet darum, dass dieser Text vor der nächsten Sitzung durchgelesen wird und Verbesserungen markiert werden.

Für das Protokoll

Laura Rannenberg (BASIS-Institut)

5 Anhang

5.1 Maßnahmen aus der ersten Arbeitsgruppensitzung

Das wollen wir erreichen

Eine gelungene Inklusion ist nur gewährleistet, wenn Menschen mit Behinderung Wohnangebote vorfinden, die ihrer Lebenssituation gerecht werden. Das Wohnen als geschützter Raum muss grundlegenden Ausgangspunkt für barrierefreies Denken darstellen. Adäquate Wohnformen sind die Basis für gesellschaftliche Teilhabe und größtmögliche Freiheit in der Lebensgestaltung. Barrierefreie Wohnungen stehen tatsächlich allen Menschen zur Verfügung, die auf barrierefreies Wohnen angewiesen sind.

Handlungsziele für die nächsten fünf Jahre

Es herrscht ein Mangel an barrierefreiem Wohnraum in der Stadt Bayreuth. Dieser muss angegangen und bewältigt werden. Ebenso wie die Barrierefreiheit, sollte der Ausbau alternativer Wohnformen und der soziale Wohnungsbau vorangetrieben werden. Insbesondere den Bezug zum Quartier und damit Teilhabe zu fördern, ist ein wichtiges Ziel. Die gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung und Aufklärung mit dem Thema Inklusion muss ausgebaut werden.

Maßnahme Wohnmöglichkeiten mit 24h-Betreuung für junge Menschen mit Behinderung	Junge Menschen mit Behinderung, die 24 Stunden am Tag eine Betreuung benötigen, können nicht in der Stadt Bayreuth bleiben und müssen ihre Heimat verlassen, sobald eine elterliche Betreuung nicht mehr möglich ist. Es werden Wohnmöglichkeiten in der Stadt geschaffen und mit verschiedenen Trägern kooperiert.
---	--

Maßnahme Bedarf stationärer Wohnformen - Bezirk	Es wird darauf hingewiesen, dass es einem Gespräch mit dem Bezirk bedarf. Dieser ist für die Eingliederungshilfe zuständig und soll sich um die Kapazitätsplanungen beim Wohnen kümmern. Dem Bezirk wird der enorme Bedarf an stationären Wohnformen vermittelt. Hinweis: Es wird die Bitte formuliert, dass der Bezirk sich an den Arbeitsgruppensitzungen des Aktionsplans beteiligen soll.
--	--

<p>Maßnahme</p> <p>Schaffung von Wohnraum</p>	<p>Das Bedürfnis nach eigenständigem Wohnen von Menschen mit Behinderung in der Stadt kann nicht umfassend befriedigt werden, da kein barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum gebaut wird.</p> <p>Es bedarf zudem an Wohnraum für die Gründung neuer Wohngemeinschaften.</p>
--	--

<p>Maßnahme</p> <p>Information über barrierefreie Wohnungen</p>	<p>Anbieter ergänzen ihre Wohnangebote um Hinweise auf eventuell vorhandene Barrierefreiheit bzw. -armut der Wohnungen.</p>
--	---

<p>Maßnahme</p> <p>inklusive Wohnprojekte</p> <p>- Gemeinschaftliche Wohnformen</p>	<p>Alternative Wohnformen und inklusive Wohnprojekte werden gefördert. Die Verzahnung der Wohnraumangebote mit umfassenden Versorgungsstrukturen wird optimiert. Bei künftigen Wohnangeboten werden verstärkt gemeinschaftliche Wohnformen für Menschen mit unterschiedlichen besonderen Wohnbedürfnissen (z.B. Menschen mit Behinderung, Senioren, Alleinerziehende, ...) realisiert. Insbesondere Wohngruppen und Mehrgenerationenhäuser sollen gefördert werden.</p>
--	---

<p>Maßnahme</p> <p>Unterstützung und Beratung von Menschen mit Behinderung bei der Wohnungssuche</p>	<p>Menschen mit Einschränkungen sind teilweise bei der Wohnungssuche auf Assistenz oder Begleitung angewiesen. Solche Assistenzdienste werden angeboten und eine Finanzierung dieser Dienste bereitgestellt. Die Vernetzung von Beratungsstellen wird optimiert.</p>
---	--

Maßnahme Stationäre Wohnformen für Menschen mit Behinderungen	Stationäre Wohnformen, insbesondere für schwer mehrfach- oder geistig behinderte Menschen, werden gefördert.
---	--

Maßnahme Wohnformen für junge Schlaganfallpatienten	Bislang werden junge Schlaganfallpatienten in Krankenhäusern und Altenheimen untergebracht. Es braucht neue, alternative Wohnformen für diese Zielgruppe, bei welchen adäquat auf die Patienten eingegangen wird.
---	---

Maßnahme Bewusstseinsbildung für barrierefreien Wohnraum	Die Aufklärung über barrierefreies Bauen darf nicht nur an die ältere Generation adressiert sein. Im Gegenteil muss die junge Generation, welche im Begriff ist zu Bauen für die „Generationenübergreifende Verantwortung“ des barrierefreien Bauens sensibilisiert werden. Eine Zusammenarbeit mit der Presse wird initiiert, um auf bestehende Angebote und den spezifischen Bedarf aufmerksam zu machen.
--	---

Maßnahme Ausbau der Kommunikation und der Information im Bereich Barrierefreiheit	Zur Verbesserung des Informationsflusses zu Barrierefreiheit am Wohnungsmarkt bedarf es einer umfassenden Kommunikation. Bedarfe von Menschen mit Behinderung werden in die Stadtplanung, im Bauwesen und in der Öffentlichkeitsarbeit zunehmend berücksichtigt.
---	--

<p>Maßnahme</p> <p>Ausbau der Vernetzung von Unterstützungssystemen im Bereich Wohnen</p>	<p>Eine adäquate Betreuung und Versorgung von Menschen mit Behinderung muss mit der beruflichen Kompetenz fruchtbar kombiniert werden. Passendes Wohnen für Menschen mit Behinderung muss mindestens drei Kriterien erfüllen: 1. angemessener Wohnraum (barrierefrei, z.B. Rollstuhlgerecht) 2. Versorgung und 3. Teilhabe. Menschen mit Behinderung sollen als Bewohner nicht nur Empfänger, sondern auch Geber von Leistungen sein.</p>
--	---

<p>Maßnahme</p> <p>Vermittlung der notwendigen Maßnahmen an die Entscheidungsträger</p>	<p>Problematisch ist die Vermittlung der Bedeutsamkeit der Thematik an die Entscheidungsträger. Eine Möglichkeit wäre die Einrichtung von Symposien.</p>
--	--

<p>Maßnahme</p> <p>Internetseite für Wohnungsgesuche von Menschen mit Behinderung</p>	<p>Eine Homepage wird erstellt, auf welcher der Wohnungsbedarf von Betroffenen oder ihren Angehörigen eingespeist wird. Mittels einer Datenbank wird dem Bezirk so stets der aktuelle Bedarf zurückgemeldet. Es soll zudem vermieden werden, dass Menschen aus Wohnungsmangel in einer ungeeigneten Wohnform leben.</p> <p>Eine Datenbank bezüglich barrierefreier Wohnungen wird erstellt.</p>
--	---

<p>Maßnahme</p> <p>Bedarf an Wohnformen sichtbar machen</p>	<p>Der Bedarf von spezifischen Wohnformen wird sichtbar gemacht. Der Aktualität bedarf es, um dem Bezirk konkrete Zahlen vorlegen zu können. Zum anderen besteht die Möglichkeit, Geschichten von Betroffenen</p>
--	---

	und Angehörigen über die Suche von Wohnraum in der Presse anonymisiert aufzubereiten.
--	---

Maßnahme Größe von gemeinschaftliche Wohnformen	Bei künftigen Wohnangeboten werden verstärkt gemeinschaftliche Wohnformen für unterschiedliche Menschen mit besonderen Wohnbedürfnissen (z.B. Menschen mit Behinderung, ältere Menschen, Alleinerziehende) realisiert. Es wird darauf geachtet, dass solche Wohnmodelle eine kritische Größe (max. 24 Wohneinheiten) nicht überschreiten, damit eine umfassende Einbindung ins Wohnquartier nicht gefährdet wird.
---	---

Maßnahme Wohngruppe Laineck	Es wird eine Wohngruppe für körperbehinderte Menschen in der Nähe der Werkstatt Laineck gegründet.
---	--

5.2 Beispiele Wohnformen

Generationenpark Königsbrunn,

<http://www.gwg-angebote.de/generationenpark>

Bielefelder Modell

<https://www.bgw-bielefeld.de/bielefelder-modell/>

Wohnprojekt und Mehrgenerationhaus Langenfeld

<http://www.langenfeld-mfr.de/index.php/dorflinde>

Der Hof e.V.

<http://www.wohnprojekte.org/>

„In der Heimat wohnen“ Bamberg

www.in-der-heimat.de

Übersicht gemeinschaftliche Wohnformen

<http://www.fgw-ev.de/>

5.3 Folien

2. Arbeitsgruppensitzung AG Wohnen

**Aktionsplan Inklusion für Menschen
mit und ohne Behinderung**

30.01.2017

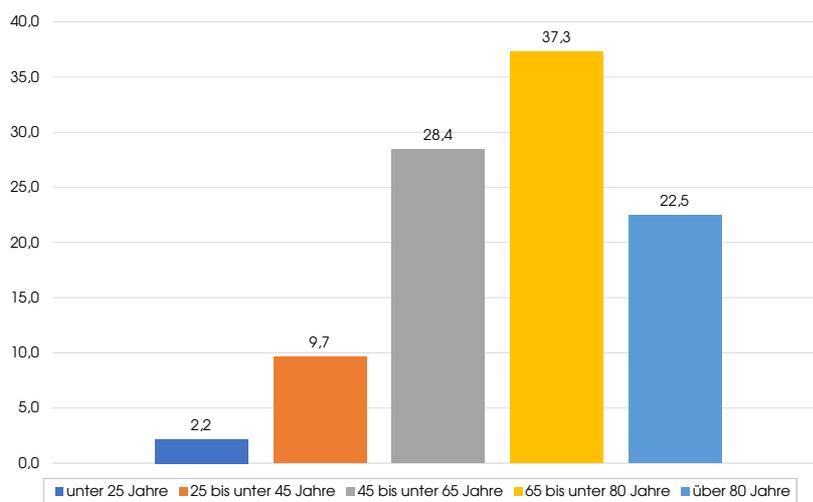
Vorgehen und Sozialstruktur

- standardisierter 12-seitiger Fragebogen
- Ende der Feldzeit: 18.01.2017
- Stichproben- und Adressenermittlung erfolgte über die Register des Zentrums Bayern Familie und Soziales (ZBFS) und des Bezirks Oberfranken → Einbezug von Menschen mit einem Schwerbehindertenausweis und Menschen, die Eingliederungshilfe seitens des Bezirks beziehen
- ca. 2.100 Menschen mit Behinderung
- aktuell 520 auswertbare Bögen → Rücklaufquote 25%
- Geschlechterverteilung: 47,4% männlich, 52,6% weiblich
- Durchschnittsalter: 66 Jahre; Medianalter: 69 Jahre
- In Deutschland geboren: ca. 90%

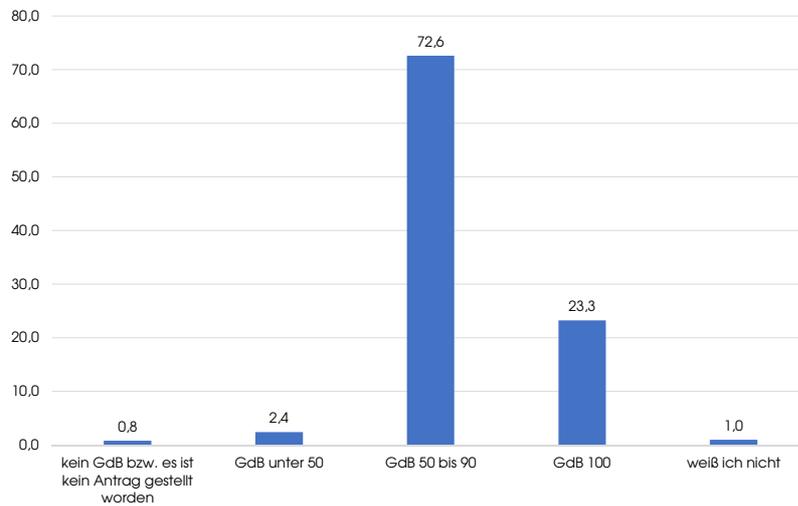
Allgemeine Daten



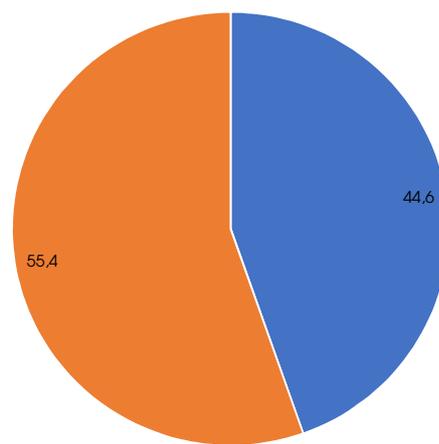
Altersklassenverteilung in Prozent (N=507)



Eingetragener Grad der Behinderung (GdB) in Prozent (N=503)



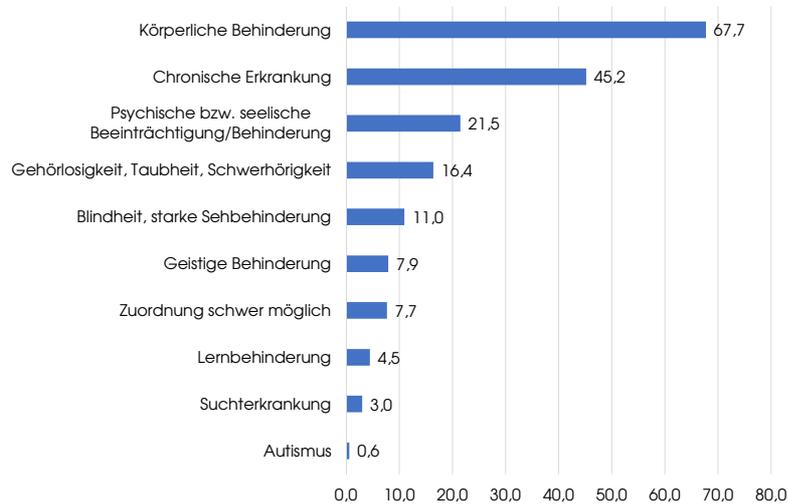
Mehrfachbehinderung in Prozent (N=493)



■ einfache Behinderung ■ mehrfache Behinderungen



Art der Beeinträchtigung in Prozent (N=493, Antworten 915)



Art der Beeinträchtigungen absolute Antworten

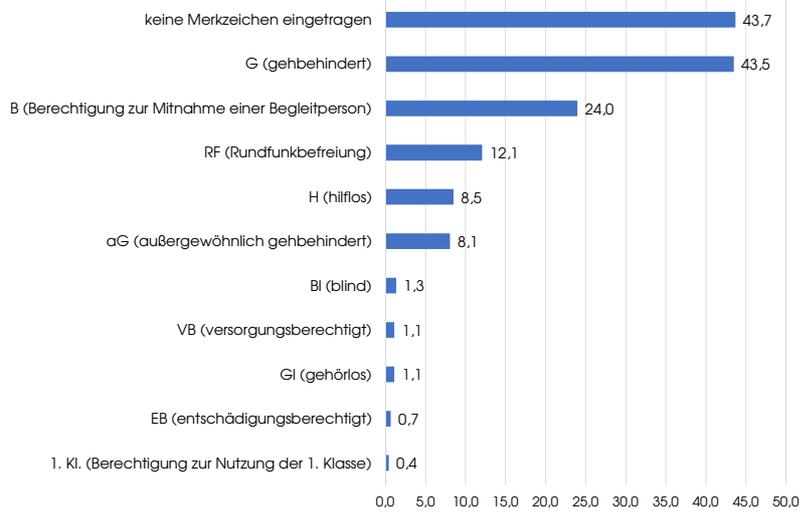


- Körperliche Behinderung (334)
- Chronische Erkrankung (223)
- Psychische bzw. seelische Beeinträchtigung/Behinderung (106)
- Gehörlosigkeit, Taubheit, Schwerhörigkeit (81)
- Blindheit, starke Sehbehinderung (54)
- Geistige Behinderung (39)
- Zuordnung schwer möglich (38)
- Lernbehinderung (22)
- Suchterkrankung (15)
- Autismus (3)

Vor allem bei der Gruppe der Menschen mit einer Suchterkrankung (N=15) und mit Autismus (N=3) sind bei den Auswertungen immer die geringen Fallzahlen zu berücksichtigen



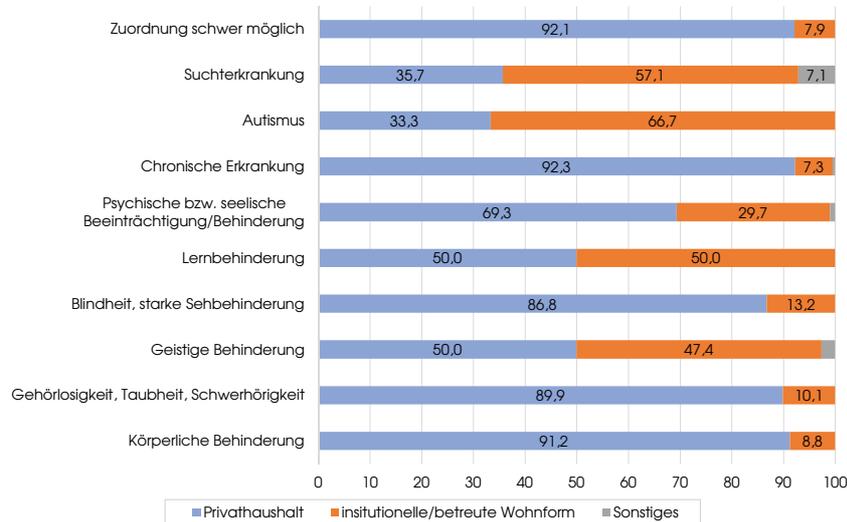
Eingetragene Merkzeichen in Prozent (N=464, Antworten 645)



Wohnen



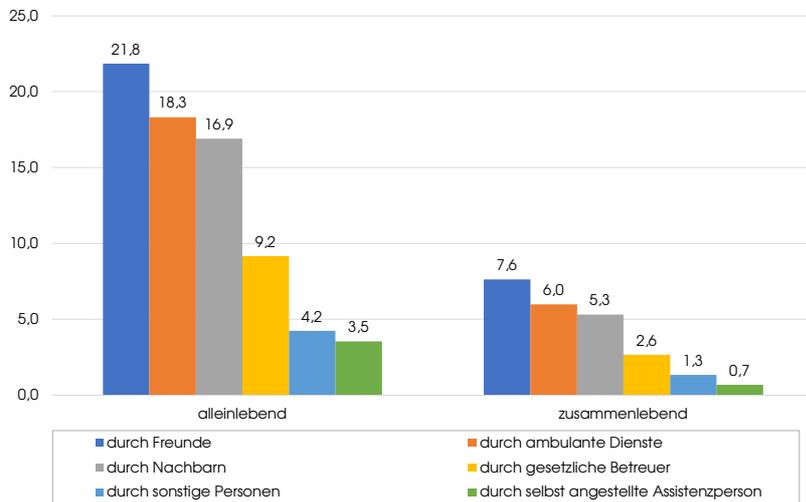
Wohnform nach Art der Behinderung in Prozent



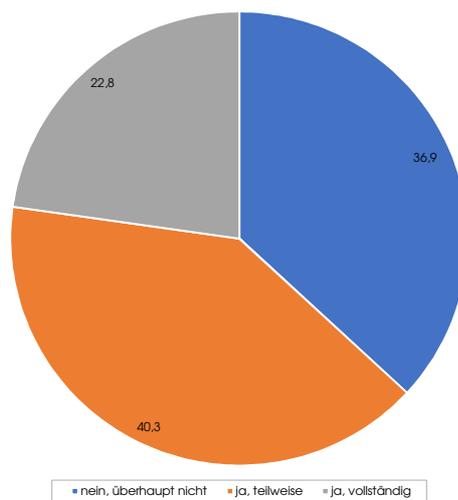
Zusammenleben

- 32% leben allein, 68% leben mit jemandem zusammen
- Differenziert man dies nach Altersklassen, muss für die Stadt Bayreuth festgehalten werden: 1% der Alleinlebenden sind unter 25 Jahre, aber 59% sind über 65 Jahre → Damit steigt im Alter nicht nur die Gefahr des Alleinseins, sondern es ist auch zu erwarten, dass angesichts der steigenden Lebenserwartung und sinkender Geburtenzahlen hier familiäre Unterstützungspotentiale in Zukunft vermehrt wegfallen werden und die Unterstützung aus anderen Quellen an Bedeutung gewinnen.

Nicht familiäre Unterstützung in Prozent (wenn privat wohnend) (N=142 bzw. 302)



Barrierefreiheit bei Wohnen in Prozent (wenn privat wohnend) (N=290)



Zufriedenheit je Barrierefreiheit in Prozent (wenn privat wohnend) (N=282)

